

Die PDS und die Bundestagswahl vom 22. September 2002

Von: Benjamin-Immanuel Hoff

Gliederung:

1. Einleitung
2. Die Ergebnisse der Bundestagswahl für die PDS in Zahlen
3. Erste Bewertungen des Bundestagswahlergebnisses für die PDS
4. Auswirkungen des Bundestagswahlergebnisses auf die Parteiorganisation
5. Schlussfolgerungen für die PDS-Arbeit

1. Einleitung

Die PDS hat bei den Bundestagswahlen am 22. September 2002 eine für das Projekt „Bundesweite Ausdehnung“ verheerende Niederlage erlitten. Sie ist künftig nur noch mit 2 Abgeordneten im Deutschen Bundestag vertreten. Dies hat Auswirkungen auf die politische Wahrnehmung der PDS, ihre Finanzierung und politischen Handlungsmöglichkeiten auf Bundes- und auf Landesebene, auf die Bildungsarbeit der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung und nicht zuletzt auf die inhaltliche und strategische Ausrichtung der PDS. Insbesondere in den beiden Ländern, in denen die PDS mitregiert wird der parlamentarische und exekutive Handlungsspielraum künftig nicht weiter sondern eher schmaler werden, die Anforderungen hingegen zunehmen.

Das Wahlergebnis ist hausgemacht und besteht in mangelnder politisch-programmatischer Profilierung. Angesichts eines extrem personalisierten Wahlkampfes und der Frage „Stoiber oder Schröder?“ haben die WählerInnen den Gebrauchswert der PDS durch die Stimmabgabe für rot-grün entschieden.

Trotz der im Beitrag ausführlicher dargestellten Konsequenzen für die künftige PDS-Arbeit muss eine der zentralen Aufgaben der nächsten Zeit darin bestehen, den WählerInnen und SympathisantInnen der PDS deutlich zu machen, dass ihre Stimme und ihr Engagement für das Projekt PDS nicht umsonst sind. Eine Situation in der die PDS totgeschrieben und geredet wird, müssen wir verhindern – auch durch eigenes Agieren.

2. Die Ergebnisse der Bundestagswahl für die PDS in Zahlen

Erste Analysen machen deutlich, dass die PDS flächendeckend verloren hat. Es gibt auch keine „relativen Gewinner“, so dass alle in die kritische Analyse einbezogen sind.

Tab. 1 Gewinn/Verlust im Vergleich zur Bundestagswahl 1998

Land	Bundestagswahl 2002				Bundestagswahl 1998				Differenz			
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
SWH	20.968	1,2	22.573	1,3	17.199	1,0	25.470	1,5	3.700	0,2	-3.000	-0,2
Hamburg	15.326	1,6	20.224	2,1	7.057	0,7	22.603	2,3	8.300	0,9	-2.400	-0,2
Bremen	7.109	1,9	8.556	2,3	8.354	2,1	9.815	2,4	-2.700	-0,2	-1.200	-0,2
Nieders.	50.047	1,0	50.416	1,0	47.237	1,0	50.068	1,0	2.800	0,1	400	+/-0
Hessen	43.381	1,3	45.852	1,3	41.700	1,2	52.216	1,5	1.700	0,1	-6.500	-0,1
NRW	118.380	1,1	125.500	1,2	81.199	0,7	131.550	1,2	37.200	0,4	-6.000	+/-0
RIP	20.413	0,9	24.036	1,0	6.925	0,3	25.083	1,0	13.500	0,6	-1.000	+/-0
BaWü	51.433	0,9	56.125	0,9	36.075	0,6	58.013	1,0	15.350	0,3	-2.000	+/-0
Bayern	44.300	0,6	49.559	0,7	22.599	0,3	46.301	0,7	21.700	0,3	-3.200	+/-0
Saarland	7.333	1,1	8.987	1,4	3.417	0,5	7.087	1,0	-200	0,6	1.800	0,4
Berlin	269.888	14,5	212.436	11,4	325.830	16,7	263.337	13,4	-55.900	-2,2	-51.000	-2,1
Brandenb.	313.791	20,6	263.158	17,2	324.723	21,1	313.090	20,3	-10.900	-0,5	-50.000	-3,1
MVP	159.303	16,4	158.913	16,3	268.362	24,8	257.464	23,6	-109.000	-8,4	-98.400	-7,1
Sachs.-An	224.919	15,8	205.742	14,4	326.008	20,1	337.393	20,7	-102.000	-4,3	-122.000	-6,3
Sachsen	456.387	17,7	417.856	16,2	567.154	19,7	577.764	20,0	-110.800	-2,0	-160.000	-3,8
Thüringen	275.077	19,0	245.864	17,0	332.942	21,0	338.200	21,2	-57.800	-1,9	-92.000	-4,3
Bund	2.078.055	4,3	1.915.797	4,0	2.416.718	4,9	2.515.454	5,1	-338.600	-0,6	-600.000	-1,1

(SWH = Schleswig-Holstein; NRW = Nordrhein-Westfalen; RIP = Rheinland-Pfalz; MVP = Mecklenburg-Vorpommern)

Die PDS hat insgesamt rund 600.000 Zweitstimmen und rund 340.000 Erststimmen gegenüber der Wahl 1998 verloren. Und sie hat, wie Dietmar Wittich feststellt, auch dort verloren wo sie gewonnen hat. Denn die Wahlkreise 86 und 87 sind zwar die einzigen gewonnenen Wahlkreise, aber auch dort hat es im neuen Wahlkreiszuschnitt Verluste gegeben: Im Wahlkreis 86 wurden –20.600 Stimmen und im Wahlkreis 87 –11.000 Stimmen für die PDS abgegeben.¹

3. Erste Bewertung des Bundestagswahlergebnisses für die PDS

¹ Dietmar Wittich, Vielleicht ahnen wir noch gar nicht, was dieses Ergebnis wirklich bedeutet, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2002

Im Anschluss an den Münsteraner Parteitag formulierte Michael Brie, dass die Bundestagswahl 1998 einen offensichtlichen Wendepunkt in der Geschichte der PDS verkörpere. „Zum einen zog sie mit 5,1 Prozent in den Bundestag und wurde somit formal aufgenommen in den kleinen Klub der ‚etablierten‘ Parteien. Die Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern wäre im gleichen Zusammenhang zu nennen. In einer Reihe Kommunen in den alten Bundesländern konnte sie erste Wahlerfolge erreichen. Es ist ihr gelungen, eine verstärkte Akzeptanz in der Gesellschaft zu erreichen. Zum anderen wird genau durch die Entwicklung die Frage gestellt, ob die PDS tatsächlich über jene Potenziale verfügt, um dem eigenen Erfolg glaubhaft zu entsprechen und dabei zugleich ihre Identität als sozialistische Partei zu behaupten weiß“.² Die Bundestagswahl 2002 hat gezeigt, dass die Erfolgsgeschichte der PDS seit 1990 nicht unendlich ist, dass Niederlagen die unangenehme Schattenseite des Erfolges sind.

Das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl hat durchaus mit der spezifischen Struktur des Bundestagswahlkampfes und der gegen die PDS gerichteten Großwetterlage zu tun. Es ist aber in relevantem Maße hausgemacht und dieses Problem lässt sich mit fehlendem „Gebrauchswert“ der PDS umschreiben. Darüber hinaus lassen sich Trends für die Entwicklung der WählerInnenstrukturen der PDS und der Parteienentwicklung in Ostdeutschland ablesen.

Als Erklärungshintergrund für das Ergebnis in der PDS wird häufig der »Zwei-Lager-Wahlkampf« zuungunsten der PDS angeführt. So gefasst werden aber Ursache und Wirkung verfehlt.

Es ist in der Tat festzustellen, dass der Zwei-Lager-Wahlkampf angesichts der knappen Umfragewerte für die PDS große Probleme brachte. Wie auch in den beiden vergangenen Bundestagswahlen war die Opposition mit einem großen Vorsprung in den Umfragewerten in den Wahlkampf gestartet. 1994 gelang Helmut Kohl in letzter Minute der Umschwung und die Wiederherstellung der Amtshierarchie zwischen Amtsinhaber und dem Herausforderer Scharping. Bei der darauffolgenden Wahl 1998 schrumpfte zwar der Unterschied zwischen Kohl und Schröder von 40 Prozentpunkten Differenz im April 1998 auf 11 Prozentpunkte im September, doch einzuholen war Schröder damals nicht mehr – die Wechselstimmung war zu groß.

Die PDS konnte sich 1998 als Teil der Wechselstimmung präsentieren. Mit dem in Rostock abgehaltenen Bundesparteitag und mit Blick auf die gleichzeitig zur Bundestagswahl stattfindenden Landtagswahlen Mecklenburg-Vorpommern, die einen Koalitionseintritt erwarten ließen, entsprach die PDS dem Trend zu neuen Mehrheiten und wurde auch durch eigenes Agieren in den rot-grünen Reformblock subsummiert. Im Wahlkampf bot die PDS ohne erhebliche innerparteiliche Diskussion an, einer ersten rot-grünen Bundesregierung mit PDS-Stimmen zur Mehrheit zu verhelfen. Das Schröder und Fischer dieses Angebot regelmäßig ablehnten und die CDU seit der Tolerierung in Magdeburg davor warnte, tat nichts zur Sache – die WählerInnen akzeptierten dies.

In diesem Jahr konnte sich die PDS nicht annähernd so authentisch als Sicherung von Reformpolitik präsentieren. Um dies zu verstehen, ist es notwendig das politische Koordinatensystem³ der diesjährigen Bundestagswahl zu betrachten:

Die X-Achse: Es gab einen Lagerwahlkampf, den vor allem die SPD wünschte und den Stoiber so weit wie möglich vermeiden wollte und den die Medien bedienten. Es gibt zwei Lager – nicht mehr, nicht weniger. Der Wunsch der PDS ein drittes Lager zu bilden konnte in dieser Situation nicht wirksam werden. Statt dessen war zu akzeptieren, dass alle Parteien in der Vielfalt ihrer Optionen bei einem Lagerwahlkampf eingeschränkt sind und sich diesem oder jenem Lager zuschlagen müssen. Über Wochen gab es jedoch in der Öffentlichkeit und in der PDS selbst Verunsicherung über die Frage ob die PDS einer Regierung Schröder/Fischer zur Mehrheit verhelfen würde. Der Gebrauchswert der PDS bestimmt sich demnach künftig nicht mehr in erster Linie danach, welche politisch-atmosphärischen, symbolischen Zeichen man mit ihrer Wahl setzen kann – sondern was sie real an Einfluss im konkreten Interesse der Wählerinnen und Wähler ausübt, ausüben kann, ausüben will.

Die Y-Achse: Dementsprechend lautete die zentrale politische Frage: Bleibt diese Regierung – oder kommt eine andere Regierung? Wer die beste Oppositionsarbeit macht, war nicht – und je kleiner die Stimmenunterschiede zwischen den Lagern wurden – noch viel weniger gefragt. Das von der PDS bislang beanspruchte Sonderstellungsmerkmal: Einzige Opposition von links und originäre Ostpartei mit der Legitimation der authentischen Vertretung von Interessen und Biographien zu sein⁴ trat vor diesem Hintergrund möglicherweise in den Hintergrund.

Die Z-Achse: Inhaltlich dominierte eine zentrale Themenkonkurrenz: Sozialstaat und Solidarität (Rot-Grün) vs. »rote Laterne« bei Wirtschaft und Beschäftigung (Schwarz-Gelb), die um die Frage „Wie hältst du es mit einem Krieg im Irak“ erweitert wurde. Die mit dieser Konstellation verbundenen Probleme hat Dietmar Wittich knapp zusammengefasst: „Die PDS konnte in den letzten Wochen vor denn Wahlen nur eine geringe mediale Präsenz erreichen. Die Großwetterlage war nicht PDS-freundlich. Auf zwei Dinge ist in diesem Zusammenhang kurz zu verweisen. Zum einen war das Hochwasser. Es hat bewirkt, dass der Wert Solidarität – vor allem im Osten – in

² Michael Brie, Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, in: ders./Rudolf Woderich, Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2001, S. 14

³ Die Anregungen für die Beschreibung dieses Koordinatensystems stammen von Thomas Falkner.

⁴ Ursula Feist/Hans-Jürgen Hoffmann, Die Bundestagswahlanalyse 1998: Wahl des Wechsels, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 2/1999, S. 230

seiner Bedeutsamkeit hautnah empfunden wurde. Aber diese Aufwertung von Solidarität war zugleich etatistisch und kam somit vor allem der SPD zu Gute. Zum anderen ist es den Regierungsparteien gelungen, das Krieg-Frieden-Thema wirkungsvoll zu paralisieren. Indem sich SPD und Grüne gegen einen Krieg gegen den Irak positionierten, haben sie erfolgreich ein Alleinstellungsmerkmal der PDS relativiert, die einzige Partei zu sein, die sich gegen Krieg und Kriegseinsätze stellt. So gaben sie vor allem jenen Teilen ihrer Anhängerschaft, die schon abgesprungen schienen, als Beruhigungsspiel das Gefühl, nun doch wieder die gewohnte Partei wählen zu können. Zuwanderungen zur PDS blieben weitgehend aus⁵.

Weitgehende Übereinstimmung in allen Strukturen der Partei gibt es über die erhebliche Wirkung von Gysis Rücktritt für das PDS-Wahlergebnis. Gysi selbst stellte am Wahlabend erstaunt fest, dass Persönlichkeiten in einem extrem personalisierten Wahlkampf gegenüber Programmen und Losungen entscheidende Rollen wahrnehmen. Dieser Erkenntnisprozess mag ehrlich sein, die Problemlage liegt tiefer und kann anhand von drei Punkten konkretisiert werden:

- 1.) Gregor Gysi galt als Person in den Augen vieler im Lande als ein anderer Typ von Politiker. Individuelles Fehlverhalten in Fragen Macht und Privilegien hat Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit von Alternativen überhaupt.
- 2.) Aber – und das ist wohl entscheidend – Gregor Gysi war nicht nur das Symbol seiner selbst, er war mangels inhaltlicher Auffüllung dessen, wofür PDS heute positiv steht, zugleich als Person das Symbol für ein modernes sozialistisches Projekt. Und das ist nicht das Problem Gysi, das ist das Problem der PDS.⁶
- 3.) Der Rücktritt von Gysi als Senator und Bürgermeister von Berlin bestätigte in der Öffentlichkeit zum einen die Annahme, dass er an diesem Job nie wirklich Interesse gehabt und die beste Möglichkeit zum Absprung genutzt habe. Zum anderen stellte sie die durch Gysi repräsentierte Modernisierung der Stadt und kommunikativen sowie leitbildorientierten Alternative Sparkurs des Senats dar.

Neben dem oben dargestellten strategischen Gebrauchswert der PDS (siehe X-Achse) ist der PDS mit dem Gysi-Rücktritt folglich ihr mangelnder inhaltlicher Gebrauchswert auf die Füße gefallen. Möglicherweise ist die PDS ohne Gysi authentischer – programmatisch attraktiver ist sie derzeit nicht.

Nachdem die politische Großwetterlage und erste mögliche PDS-internen Fehler dargestellt wurden, erscheint es für die Bewertung des Wahlergebnisses sinnvoll, einen Blick auf die Wahlanalysen im Anschluss an die Bundestagswahlen 1998 zu werfen. Trotz des damaligen Hochs können sich daraus möglicherweise einige Indikatoren für das Absacken in diesem Jahr ergeben.

Bei den Wahlen 1998 gelang der PDS, so die Arbeitsgruppe Wahlen an der Universität Freiburg, vor allem Zuwächse in den ostdeutschen Hochburgen der CDU. „Darüber hinaus profitierte sie von einer hohen Wahlbeteiligung. Dem stehen allerdings Verluste in den eigenen Hochburgen, den Verwaltungs- und Dienstleistungsstädten, gegenüber. So verlor die PDS etwa in den Ostberliner Wahlkreisen trotz gewonnener Direktmandate bis zu 5 Prozentpunkte der Zweitstimmen. In wirtschaftlich aufstrebenden Regionen hat die Partei ihr Potential inzwischen weitgehend ausgeschöpft.“⁷

Es zeigt sich, dass bei der diesjährigen Bundestagswahl die genannten Trends verstetigt wurden. Die PDS verliert nach und nach ihre Hochburgen und spricht nur unzureichend neue WählerInnengruppen an.

Nach Wittich dürfte für die PDS entscheidend gewesen sein, dass wenige Tage vor den Wahlen 16 bis 18 Prozent der Wahlberechtigten über ihre Wahlentscheidung noch unentschieden waren. „Von deren Entscheidung hing alles ab. Zwei Drittel von ihnen sind schließlich der Wahl fern geblieben, ein Drittel hat sich kurzfristig für eine Partei entschieden, die PDS war dabei kaum im Kalkül.“⁸

Aus den ersten Analysen lassen sich einige Trends für die PDS und die Parteienentwicklung in Ostdeutschland ableiten:

- 1.) Die PDS hat erstmals mehr Wählerinnen und Wähler an die Gruppe der NichtwählerInnen verloren als sie aus dieser Gruppe gewonnen hat (Vgl. Tab. 5). Die Wahlbeteiligung lag bei 79 Prozent (1998: 82 Prozent). Dort, wo die PDS am meisten verloren hat, ist auch die Wahlbeteiligung besonders niedrig, zum Beispiel im Land Mecklenburg-Vorpommern bei 71 Prozent und in Sachsen-Anhalt gar bei 68 Prozent.⁹ Das lässt auf eine abnehmende Mobilisierung schließen, die sich von 1998 insofern unterscheidet, als die PDS dort von einer hohen Bereitschaft zum Politikwechsel profitierte.

⁵ Dietmar Wittich, Ein langer Abschied. Defizite in Programmatik und Vermittlung von linkssozialistischer Politik sind der PDS auf die Füße gefallen, in: Neues Deutschland vom 25.09.2002, S. 3

⁶ Wittich, (FN 7), ebd.

⁷ Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Der Befreiungsschlag. Eine Analyse der Bundestagswahl vom 27. September 1998, in: Frankfurter Rundschau Nr. 229, 2./3.10.1998, S. 12

⁸ Wittich, (FN 5), ebd.

⁹ Wittich, (FN 5), ebd.

Tab. 2 WählerInnenwanderung – in Tausend -

Partei	Saldo	Abwanderung (-)/Zuwachs						
		SPD	CDU/CSU	FDP	B90/Grüne	PDS	Sonstige	Nichtwähl.
SPD	-2.050		-1250	-370	-500	290	100	-320
CDU/CSU	1.650	1250		40	+/-0	50	300	+10
FDP	370	370	-40		-50	20	100	-30
B90/Grüne	490	500	+/-0	50		-10	60	-110
PDS	-630	-290	-50	-20	10		20	-300

Diese Angaben beruhen auf einer Analyse des Instituts Infratest dimap für die ARD und repräsentiert nicht den endgültigen Stand. Aus diesem Grunde sind hier entgegen des vorläufigen amtlichen Endergebnisses ca. 630.000 verlorene Stimmen bei der PDS angegeben. Es sind jedoch nur ca. 600.000. Wie sich die 30.000 Stimmendifferenz verteilt kann nur vermutet werden. Quelle: Spiegel-Sonderausgabe zur Wahl 2002, S. 42

- 2.) Die PDS verlor insbesondere in ihren Hochburgen, die in der Regel die Verwaltungszentren der damaligen DDR abbildeten. Dies kann bedeuten, dass sich „die ehemalige Dienstklasse der DDR, ihr Nachwuchs und ihr Umfeld¹⁰“, die bislang einen zentralen Sockel der PDS-Mitgliedschaft und WählerInnenbasis der PDS stellten¹¹ sich von der PDS abwenden bzw. auch zahlenmäßig kleiner werden. Die PDS verliert also in der Kernsubstanz ihrer Wählerschaft. Das Umfeld der Nachfolgepartei bricht damit weg, und das wahrscheinlich endgültig. Die Gewinnung neuer Gruppen, die hier einen zahlenmäßigen Ausgleich darstellen, die der PDS bei den Wahlen 1998/1999 sowie 2001 sehr gut gelungen war, ist jedoch zu fragil um hier ausgleichend zu wirken. Entsprechenden Annahmen eines stabilen Zweitstimmenanteils der PDS von rund 20%¹² in Ostdeutschland müssen demnach – vorläufig? – nach unten korrigiert werden.
- 3.) Die PDS hat flächendeckend verloren, also auch dort wo sie an Regierungen beteiligt ist. Daraus zu schlussfolgern, dass die Regierungsbeteiligung der PDS schadet, wäre eine ungedeckte Annahme. Dementsprechend muss Wittichs zumindest entsprechend implizierte These¹³ modifiziert werden. Gleichwohl ist damit eine wichtige Erkenntnis verknüpft: Aus Analysen ist bekannt, dass eine Mehrheit in der Wählerschaft der PDS wünscht, dass die PDS sich an Regierungen beteiligt, wenn sich die Chance dazu bietet. Vor der Wahl ist damit die Erwartung verknüpft, die PDS möge Schlimmeres verhüten. Nach der Wahl findet ein Perspektivenwechsel statt, nun wird erwartet, dass die PDS ganz schnell für die blühenden Landschaften sorgt, die Helmut Kohl einst versprochen hat. Dies muss in die Öffentlichkeitsarbeit der Akteure mit einbezogen werden.
- 4.) Der PDS ist es im Unterschied zu vorangegangenen Wahlen nicht gelungen, ihr gutes Abschneiden bei den Erstwählerinnen und Erstwählern zu wiederholen (Vgl. Tab. 6). Sie schnitt am 22. September 2002 bei allen WählerInnengruppen gleich ab und stellt damit einen Sonderfall bei den Parteien dar. Sie hat in den Altersgruppen zwischen 18 und 44 Jahren jeweils zwei Prozentpunkte und in den weiteren Altersgruppen jeweils einen Prozentpunkt verloren. Die FDP konnte aus zu analysierenden Gründen, bei den 18- bis 29-jährigen im Verhältnis zu ihrem Resultat bei den anderen Altersgruppen die höchste Zustimmung erringen und sich hier um 3 Prozentpunkte steigern. Doch auch die Grünen konnten hier zwei Prozentpunkte zulegen.

Tab. 3 Wahlentscheidung in den Altersgruppen bei der Bundestagswahl 2002

Partei/Altersgruppe	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS
18-29 Jahre	38 %	33 %	10 %	10 %	4 %
30-44 Jahre	40 %	34 %	11 %	8 %	4 %
45-59 Jahre	38 %	40 %	9 %	7 %	4 %
60 und älter	38 %	45 %	5 %	6 %	4 %

- 5.) Der PDS ist es auch bei der vierten Bundestagswahl in Folge nicht gelungen, in relevantem Maße neue Wählerinnen- und Wählerschichten in den alten Bundesländern anzusprechen. Alle Zweitstimmen der westlichen Bundesländer zusammengenommen erreichte die PDS rund 412.000 Stimmen. Dies liegt immer noch 160.000 Stimmen unter denen in Ostdeutschland verlorenen Stimmen.
- 6.) Die Annahme, dass sich im Osten Deutschlands seit 1990 ein stabiles Dreiparteiensystem herausgebildet hat, muss möglicherweise korrigiert werden. Bislang haben SPD, CDU und PDS zusammen weit über 80% der Stimmen gebunden. Bündnis 90/Die Grünen und die FDP fanden in den neuen Bundesländern hingegen kaum politische Relevanz. Es zeigte sich jedoch, dass die FDP in den neuen Ländern enorm zugelegt hat. Zwar scheiterte sie bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern mit 4,7% an der 5%-Hürde, doch wäre sie bezogen auf die Bundestagszweitstimmen mit 5,4% sicher im Landtag gewesen. In ihrer Hochburg Sachsen-Anhalt steigerte sich die FDP bei den Bundestagszweitstimmen um 3,9% und wäre auch hier mit 7,0% sicher im Landtag vertreten gewesen – wiewohl sie ihr überragendes Stimmresultat der vergangenen

¹⁰ Wittich, (FN 5), ebd.

¹¹ Vgl. PDS-Parteivorstand (Hrsg.), Die Mitgliedschaft, der große Lümmel. Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, in: Pressedienst der PDS, Berlin 2001, S. 29f.

¹² Feist/Hoffmann, (FN 4), S. 239

¹³ Wittich, (FN 5), ebd.

Landtagswahl nicht erreicht hätte. Dies ist jedoch eher der Schwäche der CDU und daraus folgendem taktischen Wahlverhalten zuzurechnen.

- 7.) Lag die PDS 1998 besonders in den nördlichen Ländern Ostdeutschlands häufig nur wenige Prozentpunkte hinter der Union, hat sich dieser Abstand wieder vergrößert. Die PDS ist zweifellos eine im Osten etablierte Regional- und Milieupartei, doch haben sich Risse im Wählerfundament der PDS seit 1998 vergrößert. Es ist zu fragen, wie die Annahme der Arbeitsgruppe Wahlen, das „die Tendenz zur Angleichung des Wählerverhaltens in Ost und West und eine Hinwendung der großen Parteien zur sozialen Frage [die PDS] auf mittlere Sicht überflüssig machen kann“¹⁴ abgewendet wird.

4. Auswirkungen des Bundestagswahlergebnisses auf die Parteiorganisation

Das Bundestagswahlergebnis hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Organisation der Partei. Im Rahmen dieses Beitrages ist es nicht möglich, eine ausführliche Darstellung aller Auswirkungen vorzunehmen. Im folgenden sollen deshalb der Bereich Finanzen und Strukturen im Mittelpunkt stehen.

a.) Finanzen

Die Einnahmen der PDS beruhen im wesentlichen auf drei Quellen:

- Die Mitgliedsbeiträge sind die originäre, direkte Einnahmequelle von Parteien.
- Spenden sind die zweite wichtige direkte Einnahmequelle. Sie werden an natürlichen und juristischen Personen an Parteien zugewendet. Im Gegensatz zu den Mitgliedsbeiträgen stellen sie unregelmäßige Zuwendungen dar. Übersteigen sie die Höhe von 10.000 Euro müssen sie veröffentlicht werden.
- Staatliche Zuwendungen erhalten die Parteien gebunden an die Ergebnisse bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen sowie an die erzielten Mitgliedsbeiträge und Spenden.

Hinzu kommen sonstige Einnahmen und Einnahmen aus Veranstaltungen.

Tab. 4 Festsetzung der staatlichen Teilfinanzierung der PDS für das Jahr 2001 gemäß §§ 18 ff. PartG

Stimmenkonto	Zuwendungen	Wähleranteil	Zuwendungsanteil	Summe	Endbetrag	Verteilung Bund/Länder	
Wählerstimmen der letzten Bundestags-, Europa- und 16 Landtagswahlen	DM-Betrag lt. Rechenschaftsbericht 2000 geteilt durch 1,95583	5 Mio. Wählerstimmen mal 0,664679 Euro, darüber mal 0,511292 Euro (Spalte2)	0,255646 Euro je 0,511292 Euro Zuwendung (Spalte 3)	Wähler- und Zuwendungsanteil (Spalte 4 + Spalte 5)	Unter Berücksichtigung der relativen Obergrenze	Anteil der Länder	Anteil des Bundes
6.101.215 €	11.527.504 €	3.886.437 €	5.763.752 €	9.650.189 €	7.243.050 €	1.031.795 €	6.211.254 €

Der PDS-Parteivorstand hatte im Jahr 2000 eine Studie zur Erarbeitung eines mittelfristigen Finanzkonzeptes in Auftrag gegeben¹⁵. Daraus wurden auf dem Parteitag in Dresden bereits Schlussfolgerungen für den PDS-internen Länderfinanzausgleich, die Beitragsordnung usw. gezogen. Die Ergebnisse dieser Studie bilden die Basis für die Betrachtung der Finanzentwicklung nach der Bundestagswahl 2002.

aa.) Mitgliedsbeiträge

Die Mitgliedszahlen der PDS sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgesunken. So verlor die PDS zwischen 1995 und 1999 rund 26.000 Mitglieder (1995: 114.940, 1999: 88.594). Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sind jedoch nicht in gleichem Maße abgesunken, sondern haben im gleichen Zeitraum um 1,3 Mio. Euro zugenommen, was hauptsächlich auf die Steigerung der durchschnittlichen Beitragseinnahmen je Mitglied um 26,5 Euro zurückzuführen ist. Trotz der entsprechenden Finanzbeschlüsse des Magdeburger Parteitages wird es mittelfristig nicht gelingen, die Differenz zwischen absinkenden Mitgliedszahlen und steigenden Beitragseinnahmen zu überbrücken. Eine Erweiterung der Mitgliedsbasis ist geboten und diese Mitglieder müssen sowohl in Ost als auch in West gewonnen werden. Die dafür notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen sind durch den Verlust der Zuschüsse der bislang 37 PDS-Bundestagsabgeordneten für Regionalgeschäftsstellen (s.u.) bedeutend geschwächt worden, da hier PDS-Präsenz vor Ort verloren geht.

bb.) Spenden

Das Aufkommen beim Parteivorstand und den Landesverbänden wird durch größere Spenden erreicht, deren Hauptteil durch die Abgeordneten und die Mitarbeiter der jeweiligen Fraktionen geleistet werden. Beim Parteivorstand waren dies bislang rund 50% des absoluten Aufkommens.¹⁶ Mit dem Verlust von 35 Bundestagsabgeordneten und dem mit der Fraktion verbundenen Mitarbeiterstamm von rund 170 Beschäftigten gehen hier bislang auch mittelfristig relativ planbare Mittel in Höhe von rd. 250.000 Euro verloren.

¹⁴ Oberndörfer/Mielke/Eith, (FN 7), ebd.

¹⁵ Vgl. Hehjal & Walther, Grundlagen für ein mittelfristiges Finanzkonzept der PDS, Berlin 2000

¹⁶ Hehjal/Walther, (FN 15), S. 14

cc.) Staatliche Zuwendungen

Adressat der staatlichen Zuwendungen für Mitgliedsbeiträge und Spenden bzw. auf Basis der WählerInnenstimmen ist der Parteivorstand der PDS mit über 80%. Der verbleibende Anteil verteilt sich auf Landesverbände der neuen Bundesländer – die westlichen Bundesländer erhalten ihre Zuschüsse aus dem parteiinternen Länderfinanzausgleich. Angesichts der reduzierten PDS-WählerInnen bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt (rd. - 50.000 Stimmen) und Mecklenburg-Vorpommern (rd. -105.000 Stimmen) sowie der Bundestagswahl sind erhebliche Mindereinnahmen an entsprechenden staatlichen Zuwendungen zu erwarten.

dd.) Auswirkungen auf die parteinahe Stiftung

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) ist zwar einerseits eine rechtlich eigenständige Institution, doch sind andererseits Wechselwirkungen zum parlamentarischen Verbleib und zum Haushalt der PDS zu berücksichtigen. Erst nach sehr langer Zeit und mit dem Einzug der PDS in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke ist es der RLS gelungen, in die staatliche Regelfinanzierung aufgenommen zu werden. Damit konnte die Zuführung staatlicher Mittel in Höhe von 3,75 Mio. Euro für die politische Bildung und wissenschaftliche Tätigkeit verstetigt werden.¹⁷

Mit dem Wegfall des Fraktions- und Gruppenstatus der PDS im Bundestag ist diese Finanzierungsform, auf die kein Rechtsanspruch besteht, gefährdet. Da es sich um einen Ermessenstatbestand handelt, ist die RLS-Finanzierung in ihrer Gesamtheit für die kommende Bundestagslegislaturperiode ungeklärt. Sicher ist nur, dass die Zuschüsse deutlich reduziert werden. Dies bedeutet, dass die Arbeit der parteinahen Stiftungen in den westlichen Bundesländern enorm erschwert wird und die Verantwortung der Landesstiftungen in den Ostländern, für überregionale Präsenz zu sorgen, steigt.

In den ersten zehn Jahren der RLS-Existenz wurden unzureichende staatliche Zuschüsse durch Spenden der Bundestagsabgeordneten sowie Mittel aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen versucht zu kompensieren.¹⁸ Die Kofinanzierung aus Spenden der PDS-MdB ist nun faktisch unmöglich gemacht. Mittel aus arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen können zwar die Personaldecke erweitern, sind jedoch kein Ersatz für wegfallende Projektmittel. Aus den schmalen Eigenmitteln des Vereins der RLS ist ein Ersatz für wegfallende oder sich reduzierende staatliche Zuschüsse nicht zu erwarten.

ee.) Auswirkungen auf die Jugendverbandsfinanzierung

Der parteinahe Jugendverband [solid] bemüht sich seit geraumer Zeit in die Aufnahme der Jugendverbandsfinanzierung des Bundesjugendministeriums. Durch eine Veränderung der Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) sind die Bedingungen zur Aufnahme in die Förderung deutlich erleichtert worden. Die entsprechenden staatlichen Zuschüsse sind seitdem gebunden an die Vertretung der „Mutterpartei“ im Deutschen Bundestag. Zwar gibt es keine Definition, in welcher Größe die Partei im Bundestag vertreten sein muss, doch haben sich die Bedingungen für die Aufnahme in die Förderung trotz der KJP-Richtlinienänderung durch das Jugendministerium nicht verbessert.

b.) Strukturen

Aus den Fraktionszuschüssen und den Pauschalen der Bundesabgeordneten wurden bislang rund 170 bis 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finanziert, die in den Wahlkreis- und Regionalbüros sowie in der Fraktion in Berlin tätig waren. Diese Infrastruktur fällt mit der Konstituierung des neuen Bundestages bis auf die Mittel für die beiden verbliebenen MdB weg. Damit sind sowohl materielle als auch immaterielle Auswirkungen verbunden, die nachfolgend im Mittelpunkt stehen.

aa.) Wahlkreisbüros/Regionalgeschäftsstellen

Die von den Bundestagsabgeordneten unterhaltenen Wahlkreisbüros bzw. Regionalgeschäftsstellen waren insbesondere in den westlichen Bundesländern Anlaufstelle für linke Politik und Mittel zur Präsenz von PDS-Politik. Nicht selten wurden Synergieeffekte durch räumliche Nähe zwischen PDS-Geschäftsstellen und Wahlkreis- bzw. Regionalbüros hergestellt.

Mit dem Verlust der Bundestagsmandate fällt die Finanzierung dieser Büros weg und damit ein wichtiger Baustein für die räumliche Basis des „Aufbau West“.

bb.) Anlaufstelle für überregionale Bewegungen und NGO

¹⁷ Hehjal/Walther, (FN 15), S. 45

¹⁸ Hehjal/Walther, (FN 15), S. ebd.

Die PDS war seit ihrer Präsenz im Deutschen Bundestag 1990 kontinuierliche Anlaufstelle für überregionale Bewegungen und NGO. Mittels materieller Unterstützung, z.B. durch einen entsprechenden Spendenfonds oder durch parlamentarische Initiativen, wurde die Arbeit dieser Initiativen unterstützt. So war z.B. das Büro Jelpcke ständiger Infopool antifaschistischer und antirassistischer Arbeit, wirkte die PDS-Fraktion im Bereich Menschenrechtspolitik usw.. Diese Arbeit muss, soweit dies geht, künftig durch die Partei und durch die Landtagsfraktionen mit übernommen werden.

cc.) Koordination

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der Bundestagsfraktion haben eine entscheidende Schnittstellenmanagementfunktion zwischen der Bundestagsfraktion, den Landtagsfraktionen und den entsprechenden IG/AG der Partei übernommen. Sie organisierten vielfach die Treffen der fachpolitischen SprecherInnen, führten die Abstimmungen über parlamentarische Initiativen durch und informierten über bundespolitische Entwicklungen im entsprechenden Fachbereich. Auch diese Arbeit muss künftig durch die Fraktionen in den Ländern übernommen werden – entsprechende Verabredungen wurden bereits getroffen.

Darüber hinaus hatte die Bundestagsfraktion seit dem Eintritt der PDS in Landesregierungen die Koordination und politische Vorbereitung von Bundesratsinitiativen zwischen Bund und Ländern übernommen. Wenn die normative Aussage, die bundespolitische Präsenz der PDS zu erhalten, aufrechterhalten werden soll, muss diese Koordinationsfunktion künftig neu verteilt werden.

dd.) Initiierung von Diskussionen und Reformprojekten

Die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen der PDS im Bundestag haben entscheidend zur Initiierung von Diskussionen innerhalb der PDS bzw. zur Entwicklung von Reformprojekten beigetragen. Erwähnt seien als willkürliche Beispiele: der Öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS), das Anti-Diskriminierungsgesetz, die Wertschöpfungsabgabe. Auch an dieser Stelle wird auf die parlamentarische Vertretung in den Ländern eine bundespolitische Wirksamkeit zukommen.

ee.) Parlamentarische Wirksamkeit

Mit der Reduzierung der parlamentarischen Vertretung auf zwei MdB gehen entscheidende Instrumente der Parlamentsarbeit verloren. Petra Pau und Gesine Löttsch dürfen nicht so lange reden wie die SprecherInnen einer Fraktion, sie haben kein Recht Gesetzesinitiativen einzubringen und in den Ausschüssen kein Stimmrecht.

ff.) Öffentlichkeit/mediale Wahrnehmung

Es liegt auf der Hand, dass mit dieser Entwicklung auch Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit und medialen Wahrnehmung verloren gehen. Die Bundestagsfraktion hat viel Engagement in ihre Öffentlichkeitsarbeit gesteckt. Dieses Standbein hat die PDS nunmehr fast vollkommen verloren. Darüber hinaus wird an vielen Einzelbeispielen deutlich werden, wie die mediale Wirksamkeit sich reduzieren wird. Bei den „Berliner Runden“ nach den Wahlen (Landtage, Europaparlament, Kommunalwahlen) wird die PDS künftig vermutlich nicht mehr vertreten sein...

5. Schlussfolgerungen für die PDS

Die Internetseite der PDS auf Bundesebene macht es in der Rubrik »Reaktionen auf das PDS-Wahlergebnis« überdeutlich: Mit Blick auf Gera und die dort zu treffenden personellen und damit strategischen Entscheidungen ist die Debatte um die Parteizukunft voll entbrannt.

In den bislang veröffentlichten Stellungnahmen dominieren derzeit drei Strategielinien:

- a.) Die PDS als Regionalpartei Ost (exemplifiziert: Christine Ostrowski, ND 24.09.2002).
- b.) Die PDS als ausschließliche Oppositionspartei (exemplifiziert: Wagenknecht/Porsch, ND 24.09.2002).
- c.) Die PDS als Partei mit gesamtdeutscher Verantwortung und inhaltlichem und strategischem Gebrauchswert (exemplifiziert: Offener Brief junger PDS-Mitglieder, LV Berlin).

Es ist aus der bisherigen Anlage des Papiers bereits deutlich geworden, dass der Autor der letztgenannten Strategielinie zuneigt. Was dies für praktische Politik der PDS bedeutet, soll nachfolgend ausgeführt werden. Dabei wird im wesentlichen auch auf Analysen im Anschluss an den Parteitag von Münster zurückgegriffen. Denn wenn die Einschätzung zutrifft, dass die Wahlniederlage der PDS bereits in den Ursachen für den Verlauf des Parteitages von Münster angelegt war, dann muss eingeschätzt werden, an welcher Stelle damalige Analysen und Vorschläge für Konsequenzen nur unzureichend praktisch geworden sind.

a.) Überwindung der Krise in der politischen Klasse und Kultur der PDS

Der Landesvorstand Sachsen und Prof. Porsch haben den Schuldigen für die Wahlniederlage ausgemacht: „Bartsch heißt nun Sündenbock“¹⁹. In einem Offenen Brief²⁰ antworteten junge PDS-Mitglieder verschiedener Landesverbände, dass die Schuldzuweisung an einzelne Führungspersönlichkeiten zu bequem sei.

Die Erkenntnis der jungen PDS-Mitglieder ist ebenso richtig wie nicht neu. Bereits nach Münster gab es erhebliche Zustimmung zu der Aussage, dass die Krise der Partei im Kern auf einer Führungskrise basiert. Der kollektive Fehler bestand jedoch darin, in Vorbereitung des Parteitages von Cottbus anzunehmen, die Führungskrise sei durch einen Wechsel in Partei- und Fraktionsvorsitz beizulegen. Zwei Jahre später zeigt sich die Kurzsichtigkeit dieser Annahme. Es kristallisiert sich heraus, dass die Führungskrise in erster Linie eine Krise der Führungskultur und erst dann der Führungspersönlichkeiten ist. Was dies bedeutet und wie es dazu kam soll nachfolgend in einigen prononcierten Thesen ausgeführt werden.

1. Die Aufgabe einer politischen Führung sollte darin bestehen, die Debatten innerhalb der Partei zu inspirieren und zu organisieren um die Partei zu befähigen, Wechselwirkungen zur Gesellschaft hin zu erzeugen. Gerade hier sind jedoch in den vergangenen Jahren gravierende programmatische und konzeptionelle Fehler gemacht worden. Die Führungskrise ist mit anderen Worten eine Entpolitisierungskrise und eine Krise der politischen Kultur.

Seit Mitte der 90er Jahre dominiert in der PDS ein immer wiederkehrendes Ritual: Vor jedem Parteitag erklären die Exponenten der wiederstreitenden Richtungen ihre Position in Grundsatzanträgen. Die Themen dieser Grundsatzanträge sind PDS-„Evergreens“, die mit gesellschaftlich diskutierten Problemfeldern häufig nicht allzu viel zu tun haben. Die langatmigen Debatten um die Frage, wie wir mit welchem Minderheitenvotum in der Programmdebatte umgehen verdeutlicht dies hervorragend. Auf dem betreffenden Parteitag wird letztlich ein lauer Kompromiss gefunden, der durch die Parteiführung verwaltet wird. Aus dieser Verwaltung von Formelkompromissen zu gesellschaftlich nicht relevanten Themen entwickelte sich letztlich eine Neutralisierung der Vorstände und Verantwortungsträger nach dem Prinzip: Partei- und Fraktionsführung können und sollen sowohl nach innen wie auch nach außen agieren – aber nur auf Basis dieser Formelkompromisse. Damit diese künstlich inszenierte „Geschlossenheit“ auch gewahrt bleibt, werden die zur Konfliktreduzierung geschaffenen Formelkompromisse zu „Grundkonsensen“ stilisiert. Letztlich wirken gerade diese Grundkonsense als Verstärker von Entpolitisierung in der Partei.

2. Die Neutralisierung politischer Akteure in Führungskräften wird jedoch noch durch einen weiteren Effekt befördert. In der Partei herrscht ein tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber allen, die für Funktionen und Mandate kandidieren. Wer gewählt wird, setzt sich automatisch dem Revisionismusverdacht aus. Wer so qua Funktion verdächtigt wird und zudem sich gesellschaftlichen Fragestellungen widmet die bislang durch die PDS-Formelkompromisse nicht abgedeckt sind, setzt sich der Gefahr aus wegen vermeintlicher Verletzung von Grundkompromissen quasi als „Abweichter“ oder „Provokateur“ definiert zu werden.

3. Aufgrund des unter 1. skizzierten Konfliktminimierungsmodells ist es der PDS in den vergangenen Jahren gut gelungen, Bundesparteitage als Orte von Geschlossenheit zu inszenieren. Das medial immer wieder postulierte Auseinanderbrechen der PDS blieb regelmäßig aus.

Die Parteitage waren aber inhaltlich nur selten in der Lage, spannende Anschlusspunkte für in der gesellschaftlichen Debatte befindliche Themen zu liefern. Statt dessen befassten sie sich lieber mit Bekenntnispolitik. Die Ursache für dieses inhaltliche Manko liegt an einem gleichzeitig nachvollziehbaren wie inakzeptablem Verständnis von Bundespolitik durch relevante Teile der PDS.

Der Großteil der Delegierten auf Bundesparteitagen steht in realen politischen Auseinandersetzungen in der Kommune, in Gewerkschaften, Initiativen an Hochschulen, Schulen usw.. Dort müssen Kompromisse eingegangen und häufiger Niederlagen eingesteckt als Erfolge erzielt werden. Die Wirkungen in der Bandbreite von Opponieren, Tolerieren und Regieren werden in den unteren Gliederungen tagtäglich spürbar. Der Anspruch der PDS „gesellschaftliche Opposition“ zu sein, obwohl sie in dutzenden Kommunen und in zwei Ländern den Mangel in Koalitionen verantwortlich verwaltet, wird deshalb häufig in Bekenntnispolitik auf Bundesparteitagen kompensiert. Wenn wo nicht dort kann man z.B. – wohl wissend, dass die Debatte selbst in der ÖTV unter Herbert Mai schon wesentlich weiter war - Arbeitszeitverkürzung mit gestaffeltem Lohnausgleich ablehnen und statt dessen den vollen Lohnausgleich für alle fordern?

Damit wird eine Glaubwürdigkeitslücke zwischen Bundesparteitagsbeschlüssen einerseits und der für die BürgerInnen erlebbaren PDS-Politik geschaffen, die Reformprojekte nachhaltig verhindert. Es soll nicht verschwiegen werden, dass dieses System auch auf Landesparteitagen vorzufinden ist. Gleichwohl ist der Anreiz dafür dort zunehmend geringer geworden – im Osten.

¹⁹ Vgl. PDS-Landesvorstand Sachsen (Hrsg.), Sächsischer Landesvorstand fordert Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch zum Rücktritt auf, Pressemitteilung vom 24.09.2002; Peter Porsch, Die Erneuerung der PDS wird nicht gelingen, wenn sie die Wahrheit nicht erträgt. Für eine linke politische Kultur der persönlichen Verantwortung, Dresden, 27.09.2002, <http://portal.pds-sachsen.de/aktuell.asp?iid=875>

²⁰ Marquardt/Brunner/Gnorski et al, Strategie statt Bauernopfer. Offener Brief an den Landesvorstand der PDS Sachsen, an Peter Porsch, Fraktionsvorsitzender der PDS im Sächsischen Landtag, an den Parteivorstand der PDS, an die Landesvorstände der PDS sowie PDS-Fraktionen in den Landtagen vom 27.09.2002

4. Aus dem in den Punkten 1 bis 3 Genannten entwickelte sich in den vergangenen Jahren eine spezifische Form der Nicht-Politik. Anhand der PDS-internen Diskussion um die Haltung zum „Zuwanderungsgesetz“ soll dies exemplifiziert werden.
- Die Entwürfe zum Zuwanderungsgesetz hat rot-grün in die gesellschaftliche Debatte gebracht, zu denen sich eine große gesellschaftliche Debatte vorsichtig positiv verhielt. Dieser positiver Bezug umfasste Gewerkschaften, Unternehmerverbände und entsprechende MigrantInnenvereine, die allesamt der Meinung waren, dass ein Bekenntnis zum Einwanderungsland Deutschland überfällig war. Strittig war ausschließlich die Regelungsrichtung: Zuwanderungsbegrenzung (Schily) und Begrenzung der Einwanderung auf ökonomische und demographische Notwendigkeit (Schröder/Müller) oder eine offene, multikulturelle Gesellschaft. Die Untersetzung der Einwanderungsdebatte mit rassistischen Stereotypen und ihre Fokussierung auf die Schengener Festung Europa wurde in der Öffentlichkeit sehr kritisch diskutiert. Die PDS entschied sich jedoch mehrheitlich dafür, an dieser Debatte nicht teilzunehmen, sondern sich neben den Diskurs zu stellen um ihn als tendenziell rassistisch zu kritisieren. Dabei wurde jedoch ausgeblendet, dass es neben dem Diskussionsstrang der Zuwanderungsbegrenzung einen fortschrittlichen, anschlussfähigen Diskurs über die Gestaltung einer multikulturellen Gesellschaft gab. Ein positives Beziehen auf diesen Diskurs und die Prüfung von Handlungsmöglichkeiten, wie sie Petra Pau und einige Andere initiierten, wurde innerhalb der PDS nicht goutiert sondern als Abweichung von konsequenter gesellschaftlicher Opposition verstanden. Die PDS verschenkte auf diese Weise linke Verhandlungsmacht, die sie in anderen Bereichen durchaus im Zusammenspiel von PDS-Bundestagsfraktion und rot-roten Landesregierungen im Bundesrat zu nutzen wusste. Nicht zuletzt deshalb wurde durch rot-grün nach rechts verhandelt und erst durch die PDS-Regierungsbeteiligungen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern konnten in der Landesumsetzung echte Verbesserung erreicht werden.
5. Die PDS ist strukturell eine Partei in der drei Generationen vertreten sind. In den Basisorganisationen und Kreisverbänden dominieren die älteren Genossinnen und Genossen, die vielfach als politisch aktive Menschen die Gründung der DDR erlebten und den überwiegenden Teil ihres Lebens dort verbracht haben. In den politischen Führungsebenen, von den Kreisvorständen an zunehmend, dominieren diejenigen, die nach 1989 die SED als Erbe übernommen, verantwortlich in die PDS überführt haben, das Bild und die Erfolge der PDS in den vergangenen Jahren geprägt und verantwortet haben. Diese Generation ist – im direkten Vergleich mit den bundesdeutschen Parteien von Grünen bis zur CSU – relativ gesehen jung. Carola Freundl, Petra Pau, Petra Sitte, Roland Claus u.a. würden in anderen Parteien als Nachwuchs gelten, als „Junge Wilde“ o.ä.. Während diese Altersgruppe sich z.B. mit Bodewig und Gabriel in der SPD gerade die erste Reihe erkämpft, stehen die Genannten in der PDS seit Jahren in politischer Verantwortung. Gleichzeitig ist Bernd Rump zuzustimmen der feststellt, dass inzwischen eine ganze Generation in die Partei gekommen ist, *„die ihre politischen Erfahrungen nicht mehr zuerst im ‚realen Sozialismus‘ erworben haben, sondern zu einem großen oder auch überwiegenden Teil in der Bundesrepublik. Sie übernehmen immer mehr Verantwortung in und für die Partei. Sie werden letztlich diese Partei weiterführen oder auch nicht“*.²¹ Sein Plädoyer für einen Generationenwechsel und eine „zweite Erneuerung“, verstanden als Verknüpfung von der Erneuerungskräfte von einst mit denen der neueren Generation, ist zuzustimmen – wenn die Bereitschaft bei den Ersten besteht, sich auf einen grundlegenden Wechsel des bisher dominierenden Politikmodus innerhalb der PDS, wie er oben beschrieben wurde, einzulassen.

b.) Entwicklung und Kommunikation von Reformprojekten

In der Ziffer 5 des vorangegangenen Abschnittes ist das Eintreten der Nachwendegeneration in PDS-Verantwortung thematisiert worden. Damit verknüpft ist die personelle Erneuerung der Bundespartei als Ganzes. Laut Harald Pätzold hat die PDS als Bundespartei noch ca. zehn Jahre um in der Mitgliederrekrutierung einen wesentlichen Schritt voranzukommen.²² Dies deckt sich mit den Aussagen in der bereits oben zitierten PDS-Mitgliederstudie von Wittich/Chrapa. Die Zeit läuft dabei, trotz hinreichend guter Substanz, gegen uns. Die kommende Legislaturperiode ist deshalb exakt diejenige Phase, in der wir unter den Bedingungen des Verlustes der Bundestagsfraktion, den Erneuerungsschritt vollziehen müssen.

Von wesentlicher Bedeutung dafür ist die Entwicklung und Kommunikation von Reformprojekten, mit denen wir den kontinuierlichen Gebrauchswert der PDS erhöhen. Zielstellung dabei ist die alte Anforderung an uns selbst, Partei für den Alltag und nicht nur für den Wahltag zu sein. Dieser Anspruch bedeutet mehr als die abstrakte Postulierung, eine „Interessenvertretung“ für diverse gesellschaftliche Gruppen zu sein. Entscheidend ist vielmehr die Fähigkeit zur Entwicklung und Kommunikation von Reformprojekten, für die nicht nur im Parlament eine arithmetische Mehrheit existieren soll, sondern um die herum gesellschaftliche Akzeptanz und Mehrheiten organisiert werden wollen.²³ Nur damit wird die PDS beweisen können, dass sie in der Lage ist, wichtige Konfliktlinien in

²¹ Bernd Rump, Was zu tun ist, Dresden 22.09.2002, S. 4

²² Harald Pätzold, Zur Entfaltung der Themen als gesellschaftlicher Problemfelder, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin 2000, S. 1

²³ Vgl. für Berlin: Benjamin-Immanuel Hoff, Vom Tabubruch zum Politikwechsel? Rot-rote Perspektiven in der Bundeshauptstadt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2002, S. 304-314

der bundesdeutschen Gesellschaft zu artikulieren und damit verbundene Interessen zu repräsentieren (Einflusslogik) sowie eine Identität als linkssozialistische Partei auszuprägen (Mitgliederlogik).²⁴

Eine solche Strategie stößt auf einen deutlichen Trend zur Zuspitzung von wahrgenommenen Konflikten, insbesondere der „sozial geladenen“ Konfliktlinien. Vieles spricht dafür, dass die PDS-AnhängerInnen sehr sensibel auf diese Konfliktlinien reagieren und damit den WählerInnen von SPD und Grünen ähneln. Wie die vergangenen Wahlen insbesondere in Ostdeutschland bewiesen haben ist bei der Wechselwählerschaft eine überdurchschnittliche Konfliktbetonung zu verzeichnen.

Die PDS wird, dies ist in den vergangenen Jahren immer wieder betont worden, mit dem Thema „soziale Gerechtigkeit“ identifiziert. Die PDS-WählerInnen erklären mit mehr als 60% die soziale Gerechtigkeit zu dem Wahlscheidenden Thema. Bei der SPD sind es immerhin 42% und bei den Grünen 40%. Bei den Grünen rangiert mit 63% die Umweltpolitik an erster Stelle.²⁵

Im Unterschied zur Umweltpolitik oder Wirtschaftspolitik, die als unmittelbar existentielle Politikfelder wahrgenommen werden, handelt es sich bei der Sozialen Gerechtigkeit jedoch um ein konkret-abstraktes Thema. Mit anderen Worten, die Anforderung an Reformprojekte besteht in der Verknüpfung von sozialer Gerechtigkeitspolitik mit unmittelbar existentiellen Politiken. Oder noch konkreter: Wenn z.B. der Zugang und die Qualität von Bildung in einer wissenschaftsbasierten Gesellschaft künftig entscheidende Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe einerseits und die Schaffung von Beschäftigung sein werden, dann sind Bildung, Wissenschaft und Innovation zentrale Elemente praktischer Politik sozialer Gerechtigkeit.²⁶ Direkt damit verbunden ist die Frage wie aus Wissen Arbeit wird.

Weitere Themenfelder die zu nennen sind:

- die Überalterung der Gesellschaft: Bewältigungsstrategien im Sinne von Selbstbestimmung und Würde im Alter, Gesundheit und Pflege sowie Zugang zu Bildung und Arbeit aber auch Gegenstrategien im Sinne von Einwanderung und Kinderfreundlichkeit.
- Soziale Sicherheit: Beherrschbarkeit sozialer Risiken gesellschaftlich und individuell nach dem Grundsatz von Solidarität durch Umbau und Verbreiterung der Basis der sozialen Sicherungssysteme.
- Modernisierung der Arbeitsgesellschaft im Dreischritt von neuen Arbeitszeitregimen, zukunftsfähigen und an den Veränderungen der Arbeitswelt orientierten Mitbestimmungsregeln sowie neuen Besteuerungsformen (Wertschöpfungsabgabe).
- Frieden- und Sicherheitspolitik.

Die PDS steht bei der Entwicklung und Kommunikation von Reformprojekten dem Wechselspiel von gesellschaftlichen Handlungszwängen einerseits und unterschiedlichen realen aber teils auch vermeintlichen politischen Sachzwängen andererseits gegenüber.²⁷ Handlungszwänge ergeben sich unabhängig vom politischen Willen und subjektiven Können und sind Ausdruck drängender Notwendigkeiten – so vor allem der Überwindung sozialer Zuspitzungen, Polarisierungen und Ausgrenzungsprozesse sowie eines nachhaltigen Umbaus der Gesellschaft. Sachzwänge sind demgegenüber:

- begrenzte bzw. zurückgehende Finanzrahmen - nicht naturgesetzlich sondern kraft politischer Entscheidungen entweder übergeordneter Ebenen (Steuerreform) oder eigener Konsolidierungsstrategien (z.B. Haushaltsnotlage Berlin).
- juristische Vorfestlegungen im Sinne von Gesetzen, Verordnungen usw. die selbstverständlich ebenfalls interessengeleitet sind.
- Interessen- und Prioritätendefinitionen (Standortkonkurrenz als – vermeintlicher – Sachzwang).
- Blockaden im Alltagsbewusstsein z.B. gegen dennoch stattfindende Veränderungen in Lebensweisen.

Im Kontext der Herausbildung von Reformprojekten muss die PDS deutlich machen, wie sie mit diesen Handlungsblockaden (Sachzwängen) vor dem Hintergrund unabweisbarer Handlungszwänge (Bildung und Beschäftigung) umgehen will. Die Entwicklung, Kommunikation und machtpolitische Durchsetzung von Reformprojekten, die der PDS einen bislang offensichtlich unzureichend ausgeprägten Gebrauchswert jenseits von ostdeutscher Interessenvertretung (wieder) geben sollen, gibt der PDS darüber hinaus die Möglichkeit Abstriche, Kompromisse, Konflikte in anderen Bereichen verkraftbar und politisch vermittelbar zu machen.

c.) Modernisierung der Parteistrukturen

In den vorangegangenen Abschnitten ist dargestellt worden, dass die PDS nur über ein schwach ausgeprägtes Gesamtprofil verfügt, dass eine durchgreifende politische Strategie, an deren Umsetzung der Gesamtverband wirkt, wenn überhaupt dann nur rudimentär erkennbar ist. Verantwortlich dafür ist der Modus der politischen Kommunikation und Entscheidungsblockade (Führungskrise) sowie das Fehlen von Reformprojekten erklärt wor-

²⁴ Vgl. Brie, (FN 2), ebd.

²⁵ Befragung von rund 20.000 WählerInnen durch Infratest dimap am 22.09.2002, Spiegel-Sonderausgabe zur Wahl 2002, S. 42

²⁶ Vgl. Benjamin Hoff/Felix Stumpf, Anforderungen an linke Bildungspolitik und das Projekt Sozialer Gerechtigkeit, in: Benjamin Hoff/Petra Sitte (Hrsg.), Politikwechsel in der Wissenschaftspolitik? Ein Lesebuch, Berlin 2001, S. 302-314

²⁷ Die nachfolgende Beschreibung basiert wiederum auf Anregungen von Thomas Falkner.

den. Hinzu tritt nun abschließend eine erste Kritik der Parteistrukturen, die neben den genannten Punkten mit dafür verantwortlich sind, dass eine dynamische Kommunikation zwischen den Ländern nicht existiert und die PDS im Grunde in locker kooperierende, relativ autark wirkende Landesverbände zerfällt.²⁸ Konzentriert werden soll sich dabei auf zwei Institutionen: Die IG/AG und den Parteirat.

a.) Die Interessen- und Arbeitsgemeinschaften

In der Bundespartei existieren jenseits der weltanschaulichen Zusammenschlüsse (Kommunistische Plattform, AG ChristInnen, Marxistisches Forum, Netzwerk Demokratische Linke – sofern letzteres noch existiert) fünfundzwanzig Arbeitsgemeinschaften zu eigentlich allen Themenfeldern, die in der PDS bearbeitet werden. Hinzu treten Gruppen, deren Aufgaben schwer definierbar sind: Antieiszeitkomitee, ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung, Ost-West-Forum beim Karl-Liebknecht-Haus. Alle diese Arbeitsgemeinschaften erhalten durch die Bundespartei Zuschüsse, wenngleich in unterschiedlicher Höhe.

Der Nutzen dieser Arbeitsgemeinschaften für die programmatische Entwicklung der PDS, für die Positionsbildung des Parteivorstandes sowie für die Kommunikation mit gesellschaftlichen Interessengruppen ist vollkommen ungeklärt. Mehr noch – es scheint als ob allein die Frage danach verpönt sei.

Die IG/AG sind entstanden in direkter Absage an das Statut der SED. Horizontale Gliederungen und Kommunikation zwischen den SED-Gliederungen durfte es faktisch nicht geben, die Bildung solcher Strukturen in der PDS war bereits Reform an sich. Die Absage an Zentralismus und die Organisierung von Pluralismus hat aber mittlerweile dazu geführt, dass die IG/AG aus dem Blickfeld sowohl der Parteimitglieder und des Parteivorstandes geraten sind. Sie existieren einfach. Wenn sie Gutes tun ist es schön und wenn sie nichts tun, fragt auch niemand danach.

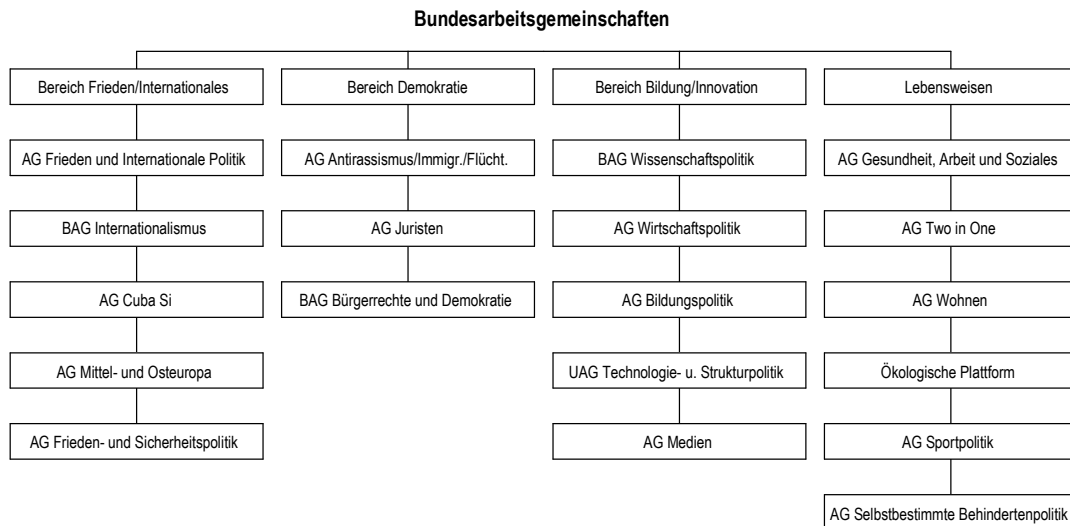
Ein solcher Umgang mit Ressourcen in personeller und materieller Form ist nach dem Verlust des Kompetenzzentrums Bundestagsfraktion nicht weiter akzeptabel. Die Aufgabe eines thematisch sortierten Bundesvorstandes muss darin bestehen, die IG/AG zu Kompetenzzentren der PDS und zu Schnittstellenmanagern zwischen PDS und gesellschaftlichen Gruppen zu transformieren. Dies wird bei einigen IG/AG Widerstand hervorrufen, doch sollte es möglich sein, IG/AG auf folgende Ziele festzulegen:

- Inhaltliche Profilierung der PDS und eigenständiger Beitrag zur Herausbildung von Reformprojekten.
- Kenntnisnahme von Diskussionen in dem von ihnen bearbeiteten Themenfeld und Positionierung der PDS in diesen Diskussionen.
- Integration von InteressentInnen und Mitgliedern der PDS über gemeinsame inhaltliche Arbeit in den Ländern und im Bund.
- Schulung von Mitgliedern und InteressentInnen durch Veranstaltungen, Materialien etc., u.a. mit dem Ziel der Qualifizierung von potenziellen Mandats- und FunktionsträgerInnen (durchaus auch als Alternative zu amtierenden Funktions- und MandatsträgerInnen).
- Zuarbeit zu Wahl- und Parteiprogrammen im Wechselspiel von Partei und Fraktionen.
- Kooperation zwischen IG/AG (z.B. Wissenschaft und Wirtschaft).
- Bearbeitung von entsprechenden Aufträgen des Vorstandes, bei der Vorbereitung und Begleitung von Kampagnen.

Die Bundestagsfraktion hat sich in Abstimmung mit den Landtagsfraktionen entschieden, dass jede Fraktion für bestimmte Themenfelder verantwortlich zeichnet und die betreffenden Akten der BTF aber auch die Aufgaben für Länderkommunikation usw. die bislang bei der Fraktion lagen, zu übernehmen. Dies werden die zuständigen Landtagsabgeordneten nur in Abstimmung und in Zusammenarbeit mit politik- und handlungsfähigen IG/AG gewährleisten können.

Damit verbunden ist ein gänzlich anderer Umgang der Gliederungen und des Vorstandes mit den Arbeitsgemeinschaften. Der Parteivorstand muss sich in Absprache mit den Landesvorständen und den IG/AG auf eine Neuausrichtung der Arbeit von IG/AG verständigen. Die Landesvorstände und Kreisvorstände müssen quasi als Headhunter nach Akteuren in Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaften fungieren. Die bestehenden IG/AG sollten in vier Bereichen zusammengefasst werden, die von Bundesvorstandsmitgliedern kontinuierlich betreut werden:

²⁸ Diese Beschreibung stützt sich auf eine Kurzanalyse des LV Berlin durch Michael Nelken in einem Papier zum Landesrat Berlin, die sich gleichwohl analog auf die Bundesebene übertragen lässt.



Darüber hinaus sollte darüber nachgedacht werden, analog zur Praxis in anderen Parteien und zur Entwicklung von [`solid] sowie von OWUS, einige bisherige IG/AG in rechtlich eigenständige Strukturen im Umfeld der PDS, die z.B. eigenständige Einnahmen erwirtschaften, umzustrukturieren.

Die Mittelverteilung für die IG/AG setzt sich derzeit aus einem rollierenden System von Projektanmeldungen für das kommende Jahr und einem Bericht über das vergangene Jahr zusammen. Künftig sollte jede IG/AG einen Sockelbetrag erhalten und um ihre Projekte in einen Wettbewerb um das Geld im Fördertopf der Partei eintreten. Die Bundesgeschäftsstelle sollte in der anstehenden Umstrukturierung aufgrund abnehmender Finanzausschüsse eine strategische Verknüpfung von IG/AG-Arbeit und inhaltlicher Bereichsstruktur vornehmen.

b.) Der Parteirat

Der Parteirat auf Bundesebene nimmt nach dem Statut und dem Engagement seiner SprecherInnen eine wichtige Funktion innerhalb der PDS ein. Er hat jedoch innerparteilich und in der Außenwahrnehmung keine programmatische und praktisch politische Funktion. Er war lange Zeit vielmehr Hauptbetätigungsfeld der traditionalistischen Strömungen und des Landesverbandes Hamburg. In der Partei wurde er als „Petitionsausschuss der PDS“ bezeichnet.

Solange die Bundestagsgruppe bzw. die Bundestagsfraktion als inhaltliches Kompetenzzentrum auch nach außen hin wahrnehmbar sich zu aktuell politischen Themen äußerte, konnte die PDS sich dies leisten. Künftig muss gefragt werden, welche Aufgabe der Parteirat zur inhaltlichen Weiterentwicklung der PDS und nicht nur zur ex post-Analyse von Parteitagstreit wahrnehmen kann und möchte.

Damit verbunden ist eine Veränderung im Selbstbild der Parteiratmitglieder, was einen anderen Umgang der Landesverbände mit diesem Gremium voraussetzen würde. Viele Parteiratmitglieder aus den Landesverbänden sind mit viel Engagement zu den Parteiratssitzungen gefahren und haben die Erfahrungen aus ihren Kreisverbänden eingebracht. Eine Abstimmung mit den Vorständen der sie delegierenden Ebenen, Landesverbänden, gab es jedoch selten, da die Landesvorstände über die Runden der Landesvorsitzenden an der realen Politikgestaltung beteiligt waren.

Der Parteirat muss künftig mehr als nur ein „Organ der Gesamtpartei mit Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Parteivorstand“ sein: Das neben dem Parteivorstand handlungsfähige und nach außen hin wahrnehmbare Gremium zwischen den Bundesparteitag.

* * *

Berlin, 27. September 2002

Benjamin Hoff, Sprecher für Wissenschaft und Wirtschaft der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus
Niederkirchner Straße 5, 10111 Berlin; tel: 2325 2512; Email: benjamin.hoff@pds.parlament-berlin.de